

Politisch gestalteter Kapitalismus

Es ist erst wenige Jahre her, da eroberte die Sprache des Marktes auch Politik und Gesellschaft. Die Kritiker, die früh die gesamtwirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Deformationen sahen, haben gegen die Entfesselung der Märkte den Kampfbegriff Neoliberalismus gesetzt. Dabei ging die historische Tatsache unter, dass ursprünglich der Begriff Neoliberalismus auf dem berühmten gewordenen "Kolloquium Walter Lippmann" 1938 in Paris auf ein ordoliberales Modell gegen den Laissez-faire-Kapitalismus zielte: Damals ging es um die Nutzung des eisernen Wettbewerbssystems, das jedoch durch einen starken Staat geordnet werden sollte. Der Schritt zur sozialen Marktwirtschaft mit den beiden Säulen Markteffizienz und der Vergemeinschaftung sozialer Risiken wurde vorgezeichnet. Heute steht der Neoliberalismus weltweit für die Vorherrschaft der einzelwirtschaftlichen Profitlogik.

Sicherlich hat sich dieser Neoliberalismus wegen vieler Widersprüche, vor allem aber auch Widerstände, nicht umfassend durchsetzen lassen. In Deutschland erfolgte jedoch seit Beginn dieses Jahrtausends eine Wende: weg vom politisch gestaltenden und sozial temperierten "rheinischen Kapitalismus", hin zu einem Kapitalismus, der stärker durch die Dominanz von Marktmacht und Spekulation geprägt ist. Dabei ist daran zu erinnern, dass es die rot-grüne Bundesregierung war, die den Spielraum für unternehmerische Profitlogik erweitert hat. Dazu gehört der Abbau von Regulierungen auf den Finanzmärkten, der dem Spekulationskapitalismus Tür und Tor geöffnet hat. Aber auch der Abbau von Regeln zum sozialen Schutz auf den Arbeitsmärkten stand auf der letztlich gescheiterten Agenda 2010. Das durch Unternehmen beeinflusste soziale Risiko des Verlustes an Arbeitseinkommen wurde teilprivatisiert, also die soziale Verantwortung an die hilflosen Betroffenen abgegeben. Heute ist unbestreitbar, dass mit den Hartz-Gesetzen die soziale Spaltung zwischen normal und atypisch Beschäftigten vorangetrieben worden ist. Laut Statistischem Bundesamt arbeiten heute über 7,8 Millionen Menschen in normalerweise nicht freiwillig gewählten prekären Arbeitsverhältnissen. Im starken Aufschwungsjahr 2010 haben zu 57 Prozent die Leiharbeiter die ökonomische Wertschöpfung erstellt.

Zur Privatisierung des Schutzes vor sozialen Risiken gehört auch der Abbau der gesetzlichen Sicherungssysteme. Die soziale Marktwirtschaft droht durch die Schwächung der sozialen Säule in eine Schiefelage zu geraten.

Spätestens mit dem Beinahe-Absturz der Finanzmärkte zusammen mit der tiefen Krise der exportgetriebenen Weltwirtschaft im Jahr 2008 hat sich der Neoliberalismus blamiert. Kurzfristige Profitgier, abenteuerliches Spekulantentum und der Machtmissbrauch der Mega-Finanzinvestoren haben zusammen mit einer sich

unterordnenden Politik eine Gefährdung der Systemgrundlagen heraufbeschworen.

Dieses Debakel des neoliberalen Kapitalismus verlangt als Gegenentwurf die Wiederentdeckung ordnender Politik für eine Nachhaltigkeitsökonomie. Dazu gehören regulierende Gebote und Verbote. Ausbeuterische Arbeitsverhältnisse müssen abgeschafft werden. Aber auch Technologien und Produkte, die zu Schäden führen, müssen kontrolliert oder verboten werden. Die Kernschmelze der Atomkraftwerke in Fukushima lehrt, zu einem nachhaltigen Kapitalismus gehört das Verbot des durch Atomkraftwerke erzeugten Stroms. Diese auch noch massiv staatlich geförderte Energieerzeugung ist technisch nicht beherrschbar und ökonomisch nicht bezahlbar. Deshalb ist die Erzeugung von Strom mit Atomkraftwerken in Deutschland per Verbot der profitwirtschaftlichen Verwertung entzogen worden.

Gebraucht wird eine Vision von einer Gesellschaft, die die Effizienzvorteile der Märkte nützt, jedoch den Wettbewerb in eine politische Ordnung ökonomisch, sozial und ökologisch zielgerichtet einbindet. Die Ökonomie muss aus ihrer Allmachtposition wieder als Teilsystem in die Gesellschaft eingebettet werden. Es gilt die die profitwirtschaftlich ausgerichtete Ökonomie vor ihrer Tendenz zu selbst erzeugten Deformationen mit hohen sozialen Kosten zu schützen. Dabei geht jedoch nicht nur um den besseren Instrumentenmix. Vielmehr müssen die folgenschweren, wirtschaftlichen Entscheidungen demokratisch fundiert sein. Die Demokratie darf nicht vor den Fabrikatoren haltmachen.

Gegenüber der derzeit vorherrschenden Machthierarchie in den Unternehmen ist eine Demokratisierung durch den Ausbau der betrieblichen und unternehmerischen Mitbestimmung geboten. Es geht darum, im Entscheidungsprozess die Erzeugung von negativen, externen Effekten, die die Gesellschaft belasten, auszuschließen. Daraus resultiert das Geschäftsmodell für eine stabile, sozial und ökologisch verantwortliche Nachhaltigkeitsökonomie.

Erschienen in Frankfurter Rundschau, 17. Oktober 2011